

1 **Antrag der BAG Frieden & Internationales an die BDK November 2014 (Beschluss vom 28.**
2 **9. 2014)**

3
4 **Der Gazakrieg und das Scheitern der Friedensgespräche über die Zwei-Staaten-Regelung – wie**
5 **weiter in der deutschen Nahostpolitik?**
6

7 Das Ende der erfolglosen israelisch-palästinensischen Verhandlungen und der dritte Gazakrieg in nur
8 sechs Jahren erfüllen uns mit großer Sorge. Durch die Entführung und Ermordung dreier israelischer
9 Religionsschüler in der Westbanksiedlung Gush Etzion durch Palästinenser, das gewaltsame
10 Vorgehen der israelischen Sicherheitskräfte gegen ZivilistInnen und hunderte Verhaftungen von
11 Hamas-SympathisantInnen in der Westbank, die Verbrennung eines palästinensischen Jugendlichen
12 durch Israelis und den folgenden wechselseitigen Beschuss von militanten Gruppen im Gazastreifen
13 und der israelischen Armee wurde eine neue Phase der gewaltsamen Eskalation ausgelöst.
14

15 Die Bilanz der Kämpfe ist erschreckend. Über 2100 Tote auf palästinensischer Seite, davon 70-80%
16 ZivilistInnen, über 70 Tote auf israelischer Seite, darunter sechs Zivilisten. Über 10.000 Menschen
17 wurden im Gazastreifen verletzt, eine halbe Million Menschen wurde intern vertrieben, über 200.000
18 halten sich noch immer in UNRWA-Schulen auf und haben ihr Obdach verloren; Schulen,
19 Krankenhäuser, das einzige Elektrizitätswerk und große Teile der öffentlichen Infrastruktur wurden
20 komplett zerstört. Die unverhältnismäßig hohe Zahl ziviler Opfer der israelischen Militäroffensive ist
21 inakzeptabel und nicht von Israels legitimem Recht auf Selbstverteidigung gedeckt. Obwohl die Zahl
22 der getöteten ZivilistInnen auf israelischer Seite geringer ausfällt, ist der traumatisierende Effekt, den
23 der Beschuss aus Gaza in Israel auslöst, gravierend. Der unterschiedslose Beschuss von
24 Wohngebieten durch beide Seiten ist ein Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht.
25

26 Der Gazakrieg hat seinen Widerhall auch in den Staaten der EU gehabt. Dabei ist unter anderem
27 Antisemitismus verbal und in tätlichen Angriffen in einem erschreckenden Ausmaß zum Ausdruck
28 gekommen. Das ist inakzeptabel, und dem stellen wir uns mit Vehemenz entgegen. Berechtigte Kritik
29 an konkreter Politik der Konfliktparteien darf nicht als Vorwand für gruppenbezogene
30 Menschenfeindlichkeit missbraucht werden.
31

32 Beide Seiten, die israelische Regierung und die den Gazastreifen beherrschende Hamas, tragen
33 Verantwortung für die Eskalation. Dieser jüngste Krieg hat dazu beigetragen, dass die
34 kompromissloseren Kräfte auf beiden Seiten stark an Zulauf gewonnen haben. Die Hamas hat in
35 jüngsten Meinungsumfragen deutlich zugelegt, insbesondere in der Westbank. Das gesellschaftliche
36 Klima in Israel ist vergiftet, friedensorientierte Kräfte werden bedroht und beschimpft, und
37 antidemokratische Tendenzen nehmen besorgniserregend zu. Die Stimmen auf beiden Seiten, die in
38 Frage stellen, ob angesichts der geschaffenen Fakten eine Zwei-Staaten-Regelung überhaupt noch
39 realisierbar ist, sind inzwischen im Mainstream angekommen.
40

41 Tatsächlich entsteht vor Ort durch die Dauerhaftigkeit der israelischen Besatzung seit 1967 und den
42 schleichenden Zerfall der einst als Grundstein des palästinensischen Staates aufgebauten
43 palästinensischen Autonomiebehörde eine Art Einstaatenrealität, in der dauerhaft den unter
44 Besatzung und Militärrecht stehenden PalästinenserInnen ihre Rechte verwehrt bleiben. Wir sind
45 weiterhin davon überzeugt, dass eine Zwei-Staaten-Regelung die einzige Form ist, wie die in diesem
46 Konflikt gegeneinander stehenden Ansprüche auf dem Boden des internationalen Rechts geregelt
47 werden können. Wir bekräftigen daher den BDK-Beschluss in Freiburg vom November 2010
48 (Grundlinien Grüner Nahostpolitik – Für einen dauerhaften und gerechten Frieden zwischen Israel
49 und Palästina). Angesichts des Scheiterns aller bisherigen Verhandlungsbemühungen und der
50 erneuten gewaltsamen Eskalation im Gazastreifen ist allerdings ein Überdenken der bisherigen
51 Politik, die nichts zur Umsetzung der Zwei-Staaten-Perspektive beitragen konnte, dringend
52 notwendig. Das Existenzrecht und die Sicherheit Israels dürfen dabei nicht in Frage gestellt werden.
53 Auch das Existenzrecht und die Sicherheit Palästinas dürfen dabei nicht in Frage gestellt werden. Sie

54 stehen einander nicht entgegen, sondern bedingen einander.

55

56 Ein unabhängiger und lebensfähiger palästinensischer Staat hat unter anderem folgende
57 Voraussetzungen, denen die gegenwärtige israelische Politik entgegensteht:

58

- 59 • Das Jordantal ist wirtschaftliches Kernstück eines lebensfähigen palästinensischen Staates.
60 Die von der israelischen Regierung vorgebrachten Sicherheitsargumente zur dauerhaften
61 Kontrolle über das Jordantal zielen dagegen auf eine de facto-Annexion ab. Jegliche von den
62 USA vorgelegten Kompromisslösungen, die Israels Sicherheit garantieren sollen, darunter
63 auch die gemeinsame Kontrolle der Grenzen, hat die israelische Regierung bisher abgelehnt.
- 64 • Die heutigen sogenannten C-Gebiete, die 62% der Westbank umfassen und in denen die
65 Mehrzahl der 550.000 israelischen SiedlerInnen lebt, müssen Teil des palästinensischen
66 Staates sein. Immer mehr Mitglieder der israelischen Regierung bzw. der sie tragenden
67 Parteien fordern hingegen inzwischen eine Annexion der C-Gebiete an Israel, und das Leben
68 der dortigen palästinensischen Bevölkerung wird durch Hauszerstörungen und die
69 Verweigerung von Baugenehmigungen zunehmend unmöglich gemacht.
- 70 • Ost-Jerusalem als Hauptstadt des palästinensischen Staates. Seine Annexion durch Israel ist
71 nichtig und wird von keinem anderen Staat der Welt anerkannt. Die israelische Regierung
72 verweigert eine Regelung, die beiden Staaten ermöglicht, in Jerusalem ihre Hauptstadt zu
73 haben.
- 74 • Einheit der völkerrechtlich palästinensischen Gebiete Gazastreifen und Westbank
75 einschließlich Ost-Jerusalems. Die gegenwärtige israelische Politik zielt hingegen auf eine
76 Trennung dieser Gebiete ab.
- 77 • Eine gerechte Teilung natürlicher Ressourcen ist die Basis menschenwürdigen Lebens und
78 Wirtschaftens für alle Menschen in der Region. Bisher verweigert die israelische Regierung
79 eine Neuaushandlung über die Teilung von Rohstoffen aus dem Toten Meer und der
80 Wasserressourcen in der Westbank.

81

82 Den schwindenden Chancen für die Verwirklichung einer Zwei-Staaten-Regelung muss dringend aktiv
83 etwas entgegengesetzt werden. Dabei geht es um positive und negative Anreize. Es reicht schon
84 lange nicht mehr aus, die israelische Siedlungspolitik nur zu verurteilen. Die EU und die
85 Bundesregierung müssen gegenüber der israelischen Regierung deutlich machen, dass sie eine
86 Fortsetzung der Siedlungspolitik sowie eine Politik der faktischen Annexion der Westbank und
87 anhaltenden Kontrolle über Ost-Jerusalem sowie der dauerhaften Verweigerung der Menschen- und
88 Bürgerrechte der palästinensischen Bevölkerung weder direkt noch indirekt zu unterstützen bereit
89 sind. Wenn sie zu Recht die bedingungslose Unterstützung für das Existenzrecht Israels hervorheben,
90 muss klar sein, dass diese sich auf den Staat Israel in den Grenzen von 1967 bezieht. Die EU und die
91 Bundesregierung müssen sowohl bei konstruktiven Schritten in Richtung Frieden weitreichende
92 Unterstützung in Aussicht stellen als auch auf völkerrechtswidrige Politik und für den Friedensprozess
93 kontraproduktive Schritte negative Konsequenzen folgen lassen. Die Kombination des breiten
94 Unterstützungspakets, das die EU im Dezember 2013 den Konfliktparteien im Fall einer
95 Friedensregelung angeboten hat, mit den Richtlinien zum Ausschluss der Siedlungen von EU-
96 Fördermitteln und der Diskussion über den Umgang mit Siedlungsprodukten war ein erster richtiger
97 Schritt in diese Richtung.

98

99 Zwei Jahrzehnte gescheiterter Verhandlungen zeigen auf, dass Vermittlungen in dem bisherigen
100 Rahmen nicht erfolgreich sein werden. Es ist Zeit, dass die EU eine mehr als nur flankierende Rolle im
101 Vermittlungsprozess einnimmt. Das Nahostquartett als multilaterales Forum muss aus seiner
102 überwiegend reaktiven Rolle erwachen und endlich dafür genutzt werden, aktiv gemeinsame
103 Politikvorschläge aller vier Akteure zu entwickeln.

104

105 Wir fordern die Bundesregierung und die Europäische Union auf,

- 106 • eine aktivere Rolle in den Bemühungen um eine Regelung des israelisch-palästinensischen
107 Konflikts einzunehmen und die Grundsätze der Europäischen Union, die u.a. in einem
108 Sicherheitsrats-Resolutionsentwurf festgehalten wurden, mit konkreten Maßnahmen zu
109 begleiten;
- 110 • die angebotene Unterstützung zur Umsetzung einer Friedensregelung weiter zu
111 konkretisieren, insbesondere eine substantielle Beteiligung an den zu erwartenden Kosten in
112 Aussicht zu stellen, und konkrete positive Anreize für konstruktive Schritte im
113 Friedensprozess zu setzen;
- 114 • im Zusammenwirken mit den ständigen Mitgliedern des VN-Sicherheitsrates und ggf.
115 weiteren Akteuren dafür Sorge zu tragen, dass den Konfliktparteien für den Fall einer
116 Friedensregelung umfangreiche und belastbare Sicherheitsgarantien in Aussicht gestellt
117 werden;
- 118 • den palästinensischen Versöhnungsprozess mit konkreten Maßnahmen zu unterstützen;
- 119 • sich vor Ort aktiv diplomatisch bei allen Konfliktparteien für eine dauerhafte Waffenruhe und
120 einen politischen Prozess zwischen Israel und der palästinensischen Einheitsregierung
121 einzusetzen. Die nun begonnenen informellen Gespräche sollten hierfür als ein erster
122 wichtiger Schritt genutzt und unterstützt werden;
- 123 • die von Deutschland, Frankreich und Großbritannien angebotene Unterstützung für
124 Grenzkontrollen voranzutreiben und sich gegenüber Israel und Ägypten mit Nachdruck unter
125 Berücksichtigung von Israels legitimen Sicherheitsinteressen für eine Aufhebung der illegalen
126 Gaza-Blockade einzusetzen und eine auf dem 2005 geschlossenen „Agreement on Movement
127 and Access“ beruhende Regelung dafür umzusetzen;
- 128 • die Bemühungen einer physischen Verbindung zwischen den palästinensischen Gebieten
129 diplomatisch und materiell zu unterstützen;
- 130 • die vom VN-Menschenrechtsrat eingesetzte Kommission bei der unparteiischen und
131 unvoreingenommenen Untersuchung möglicher Kriegsverbrechen im Gazakrieg auf beiden
132 Seiten zu unterstützen, die uneingeschränkte Mitwirkung der Kriegsparteien dafür
133 einzufordern und sich gegebenenfalls dafür einzusetzen, dass die Verantwortlichen zur
134 Rechenschaft gezogen werden, wenn nötig vor dem Internationalen Strafgerichtshof; dies
135 beinhaltet auch ggf. notwendige rechtliche Schritte auf europäischer Ebene;
- 136 • den von Präsident Abbas ins Spiel gebrachten Ansatz eines Zeitplans zur Beendigung der
137 Besatzung zu unterstützen, Palästina als Staat anzuerkennen sowie etwaige Anträge zur
138 Aufnahme in die Vereinten Nationen und zum Beitritt zum Internationalen Strafgerichtshof
139 zu unterstützen;
- 140 • sich für baldige Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in ganz Palästina einzusetzen und
141 die palästinensischen Gruppierungen bei der Herausbildung von Rechtsstaatlichkeit, eines
142 staatlichen Gewaltmonopols und einer korruptionsfreien Verwaltung zu unterstützen;
- 143 • sich aktiv gegenüber der israelischen Regierung für ein Ende der israelischen Besatzungs- und
144 Siedlungspolitik einzusetzen;
- 145 • Richtlinien zu einer einheitlichen Kennzeichnung von Produkten aus israelischen Siedlungen
146 in besetzten Gebieten, die in die EU eingeführt werden, vorzulegen und umzusetzen und ein
147 generelles Importverbot für Siedlungsprodukte zu prüfen;
- 148 • die Resolution 25/28 des VN-Menschenrechtsrats zu den israelischen Siedlungen in den
149 besetzten Gebieten, insbesondere zu Hinweisen an Unternehmen über Rechtsverletzungen
150 durch die Siedlungspolitik, umzusetzen und den bereits vorliegenden Entwurf für
151 entsprechende EU-Richtlinien für alle Mitgliedstaaten verbindlich umzusetzen;
- 152 • die Empfehlungen des EU Heads of Mission Jerusalem Report 2012 zur Siedlungspolitik
153 umzusetzen, insbesondere Finanztransaktionen zu unterbinden, die Siedlungsaktivitäten
154 unterstützen, und die Möglichkeit eines Einreiseverbotes für bekanntermaßen gewalttätige
155 SiedlerInnen zu prüfen;
- 156 • die militärische Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Israel, die für eine Fortsetzung
157 der gegenwärtigen Politik der israelischen Regierung und eine Aufrechterhaltung der

158 Besatzung geeignet ist, auf den Prüfstand zu stellen;
159 • und sich für die Verabschiedung einer neuen Resolution des VN-Sicherheitsrates zur
160 Regelung des israelisch-palästinensischen Konfliktes und beim VN-Generalsekretär für die
161 Einberufung eines Gipfeltreffens einzusetzen.